

Pressemitteilung

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bezirk
Berlin-Brandenburg

Abteilung Presse

DGB-Jugend legt 3. Ausbildungsreport für Berlin-Brandenburg vor

PM 12/08
05.02.08

Mädchen werden benachteiligt. Aber: Wo Betriebsräte sind, bekommen Jugendliche eine bessere Ausbildung

Nur noch jeder dritte Jugendliche in Berlin und Brandenburg erhält einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Wo sich Unternehmer aus der Ausbildung zurückziehen, muss der Staat immer stärker mit beträchtlichen Finanzspritzen einspringen. Überstunden, schlechte Betreuung durch den Ausbilder oder ausbildungsfremde Tätigkeiten kennzeichnen vielfach die Ausbildungswelt junger Menschen.

G:\Öffentlichkeitsarbeit\Medienneu\2008\3.Ausbildungsreport-Bilanz I.doc

E-Mail:
Dieter.Pienkny@dgb.de

Internet:
www.Berlin-Brandenburg.DGB.de

Für den „3. Berlin-Brandenburger Ausbildungsreport“ wurden von der DGB-Jugend mehr als 2.800 junge Auszubildende aus Berlin und Brandenburg befragt. Der Report fand heraus: Junge Mädchen leiden deutlich mehr als ihre männlichen Altersgenossen unter schlechten Ausbildungsbedingungen. Wo sich junge Menschen in der Ausbildung unwohl fühlten (Überstunden, geringer Urlaub etc.) kehrten sie nachher eher dem Lande den Rücken. Einen Lichtblick bildete dabei allerdings das Thema Mitbestimmung: Wo sich Betriebsräte in ihren Unternehmen um gerechte Entlohnung und gute Ausbildungsbedingungen kümmern, stimmt auch der Standard der Ausbildung. Und diese Auszubildenden bleiben ihren Betrieben und damit der Region Berlin-Brandenburg erhalten.

Letztes Jahr suchten in Berlin und Brandenburg 66.884 Jugendliche einen Ausbildungsplatz. Lediglich für 29 Prozent stand ein betrieblicher Ausbildungsplatz zur Verfügung. In Brandenburg kamen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz vier jugendliche Bewerber. Darauf verwies Doro Zinke, stellv. Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg heute bei der Vorstellung des Reports. Ihr Fazit: An einer Umlagefinanzierung zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze führe kein Weg vorbei, wenn nicht eine ganze Generation auf der Straße landen solle.

Doro Zinke bilanzierte, alle staatlichen Ausbildungsinitiativen seien nahezu wirkungslos verpufft; das Außerkraftsetzen der Ausbildereignungsverordnung habe nicht den gewünschten Ausbildungseffekt gehabt; die wachsende Zahl nichtbetrieblicher Ausbildungsverhältnisse drücke zudem auf die tariflichen Ausbildungsvergütungen. Die schleichende Verstaatlichung der Ausbildung kommt der öffentlichen Hand sehr teuer. Das Land Brandenburg stellte bspw. zwischen 2000 und 2007 für 60.000 Jugendliche 482 Millionen Euro an Fördermitteln aus EU-, Bundes und Landestöpfen zur Verfügung. Zinke appellierte an beide Landesregierungen, den Aufbau von arbeitgeberunabhängigen Anlaufstellen für Auszubildende zu ermöglichen, die dort mit ihren Problemen kompetente und schnelle Hilfe erfahren sollten. Wer das Problem des Fachkräftemangels ernst nehme, der müsse sich jetzt für die qualitative Verbesserung der Ausbildungsbedingungen stark machen.



Verantwortlicher
Redakteur:
Dieter Pienkny

Keithstr. 1 - 3
10787 Berlin

Telefon 030 - 21240-111
Telefax 030 - 21240-114